

Verbindete und Verräter

Fidesz-Vertreter bezeichnen Kritiker als Nestbeschmutzer. Von Cyrill Stieger

Was immer man vom umstrittenen ungarischen Mediengesetz halten mag – bedenklich ist die Reaktion des Fidesz von Ministerpräsident Orbán auf seine Kritiker. Die Regierungspartei tut sich offensichtlich schwer mit andern Meinungen. In Ungarn ist eine Kampagne in Gang gekommen, die sich vor allem gegen im Ausland lebende ungarische Künstler und Intellektuelle richtet, die ihre Besorgnis über die politische Entwicklung in Ungarn zum Ausdruck gebracht haben. Das Vokabular, das bei der Suche nach Schuldigen für die Kritik am Mediengesetz verwendet wird, erinnert fatal an die Zeit des Kommunismus.

Vertreter der Regierungspartei bezeichnen ungarische Gegner des Mediengesetzes und der Politik des Fidesz allgemein als Nestbeschmutzer. Die Rede ist von «liberalen intellektuellen Kreisen». Diese verachteten Ungarn und hätten nichts anderes im Sinne, als ihrem Heimatland zu schaden. Dabei wird der Begriff «liberal» vor allem in nationalistischen Medien als Schimpfwort verstanden. Es ist eine Chiffre für ungarneidlich und vor allem auch für «jüdisch», denn zu den Kritikern im Ausland gehören ungarische Juden. Gegner des Mediengesetzes werden somit zu Verrätern an der ungarischen Nation. Einer der übelsten Schreiberlinge in Ungarn ist der wegen seiner antisemitischen Ausfälle berüchtigte Publizist Zsolt Bayer. Er bezeichnete in einem Artikel, welcher kürzlich in der dem Fidesz nahestehenden Zeitung «Magyar Hírlap» erschien, einen britischen Journalisten mit einem jüdischen Namen als «stinkendes Exkrement», das schreibe, «fauler Gestank» ströme aus Ungarn. Erwähnt werden auch der EU-Parlamentsabgeordnete Daniel Cohn-Bendit und der ungarische Pianist Andras Schiff. Bayer drückt sogar sein Bedauern darüber aus, dass nicht alle im Wald von Orgovány verscharrt wurden. In dem ungarischen Dorf fand nach dem Ersten Weltkrieg ein Massaker statt. Hunderte von Personen, die als Anhänger der kurzlebigen kommunistischen Räterepublik galten, wurden während des sogenannten weissen Terrors getötet, unter ihnen viele Juden.

Bayer wurde beim Medientrat angezeigt. Vertreter der Regierungspartei betonen unermüdlich, durch das Mediengesetz werde die Meinungs- und Pressefreiheit in keiner Weise eingeschränkt. Es ziele vielmehr darauf ab, das Schüren von Hass zu unterbinden. Wenn das wirklich der Fall ist, muss der Medienrat gegen Bayer vorgehen. Andernfalls verliert der Fidesz jegliche Glaubwürdigkeit.

Adoleszenz mit Konfliktpotenzial

Die Abhängigkeiten zwischen China und dem Westen sind grösser geworden. Damit steigt auch die Notwendigkeit, dass sich China an Regeln hält. Von Peter A. Fischer

Noch sind die Unterschiede enorm. So ist der wichtigste Wohlstandsindikator, das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, in den USA etwa sechseinhalbmal höher als in China. Doch das Tempo, in dem das Reich der Mitte wirtschaftlich aufholt, ist trotzdem eindrücklich: In den letzten gut drei Jahrzehnten hat sich sein Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung gut verdreifacht und der reale Wohlstand pro Kopf mehr als verfünffacht.

Amerikanisches . . .

So ist es trotz kulturellen Unterschieden nicht ohne Grund, wenn Funktionäre in China gelegentlich stolz behaupten, ihr System habe einem schnell wachsenden, substanziellen Teil der chinesischen Bevölkerung einen «American way of life» ermöglicht. Die Chinesen schauen üblicherweise auf die USA, wenn sie ihren Blick über die Landesgrenzen hinaus richten. Reichere schicken ihre Sprösslinge immer häufiger zur Ausbildung in die Vereinigten Staaten; Städter beweisen ihre Modernität gerne, indem sie sich in amerikanischen Fast-Food-Ketten verpflegen oder Cowboy-Hüte tragen.

Nicht nur auf dieser persönlichen Ebene ist der wirtschaftliche Wiederaufschwung Chinas eng mit den USA verbunden. Das geschah und geschieht auch dadurch, dass amerikanische – und europäische – Konsumenten in grossem Stil relativ billig und arbeitsintensiv in China hergestellte Kleider, Spielzeuge, Haushaltswaren, Feuerwerkskörper, Elektronikgeräte und in letzter Zeit auch immer mehr Maschinen und Computer kaufen und zudem mit Investitionen vor Ort dem «Werkplatz der Welt» auf die Sprünge helfen. Profitiert davon haben beide: Die Chinesen erhielten Arbeit und Entwicklung und der Westen günstigere Waren.

In den letzten zwei Jahrzehnten haben die wechselseitigen Abhängigkeiten noch eine zusätzliche Dimension erhalten. Chinas zunehmend marktwirtschaftliches und wettbewerbsorientiertes, aber trotzdem vom Staat und von seiner «kommunistischen» Einheitspartei stark gelenktes System hat bewusst die billigen Löhne langsamer wachsen lassen als die Wirtschaftsleistung und zudem den Wechselkurs strukturell unterbewertet gehalten. Das generiert chronische Handelsbilanzüberschüsse. Diese haben es China erst ermöglicht, der Welt grösste Devisenreserven anzuhäufen, die nun irgendwie im Ausland angelegt werden müssen. So ist die ziemlich paradoxe Situation entstanden, dass das relativ arme China zum grössten Gläubiger des Schatzamts der reichen USA geworden ist. Chinesen finanzieren

westlichen Konsumenten ein Leben über den Verhältnissen, damit diese eifrig weiter kaufen können.

. . . mit chinesischen Besonderheiten

Die amerikanisch-chinesischen Abhängigkeiten haben zuerst an eine Symbiose erinnert, bei welcher die entwickeltere Mutterpflanze der wachstumsstarken Orchidee zur Blüte verhilft. Dabei gab und gibt es allerdings einige chinesische Besonderheiten. So hat erstens Chinas gelenkte Wirtschaft trotz Beitritt zur Welthandelsorganisation in vielem mit einer freien Marktwirtschaft noch wenig gemein. Chinas dynamischer Markt bleibt durch formelle und immer mehr informell-technische Barrieren in zahlreichen Bereichen für ausländische Waren und Unternehmer schwer zugänglich, viel schwerer, als chinesischen Firmen der Absatz im Westen fällt. Zweitens ist technologische Modernisierung im Reich der Mitte nicht nur ein Schlagwort, sondern eine Politik, welche von westlichen Partnern oft ganz gezielt Technologietransfer zu erzwingen sucht. Westliche Unternehmer müssen sich deshalb ständig fragen, ob und inwieweit sie dem laufenden Geschäft zuliebe die Entstehung von chinesischen Konkurrenten unterstützen wollen. Drittens nutzt Chinas politische Führung ihre Devisenreserven immer offensichtlicher dazu, Staatskonzerne «strategische Positionen» im Ausland aufbauen zu lassen. Der Westen sieht sich dabei mit Unternehmen konfrontiert, welche nicht wirklich nach marktwirtschaftlichen Kriterien agieren müssen.

Früher wäre der «reiche Onkel» wahrscheinlich geneigt gewesen, darüber grosszügig hinwegzusehen. Doch mit Chinas ökonomischer Adoleszenz wächst das Konfliktpotenzial. Auf der einen Seite suchen manche chinesische Exponenten ihre Unerfahrenheit allzu selbstherrlich zu überspielen. Auf der anderen ortet der durch Finanz- und Schuldenkrise verunsicherte Westen im gelegentlich etwas pubertären Gehabe zunehmend eine Gefahr. Dabei würden schon wegen der grossen wirtschaftlichen Abhängigkeiten alle nur profitieren, wenn sich der chinesische und der amerikanische Staatschef nicht nur die Hände reichten, sondern auf echte Kooperation statt Konfrontation setzten. Dazu müsste allerdings auch gehören, dass unmissverständlich daran erinnert wird, dass «Erwachsenwerden» auch bedeutet, sich an die Regeln des Spiels halten zu müssen. Diese sollten im Wirtschaftlichen heissen: offene Märkte, freier Kapitalverkehr, unverzerrte Wechselkurse und marktwirtschaftlich agierende, möglichst staatsferne Firmen und Investoren.

Revolution im Internet

Neue Medien haben den Umsturz in Tunesien gefördert. Von Eric Gujer

Lenin hat kein Handy besessen, keine E-Mail-Adresse und kein Profil bei Facebook – aber die Oktoberrevolution fand doch statt. Menschen und nicht Maschinen machen Revolutionen; diese Maxime gilt auch im 21. Jahrhundert. Die besonders im Internet heftig geführte Debatte, ob Social Media wie Facebook, Twitter und Youtube den Umsturz in Tunesien erst ermöglicht haben, wirkt daher genauso übertrieben wie die vergleichbare Diskussion vor zwei Jahren, ob es ohne Internet keinen Aufstand gegen die iranischen Mullahs gegeben hätte. Soziale und politische Unzufriedenheit bleiben die eigentlichen Ursachen für einen Volksaufstand. Moderne Kommunikationstechnik und neue Medien können allerdings eine wichtige Rolle als Katalysator spielen.

Das tunesische Staatsfernsehen versuchte, die Bilder von den ersten Demonstrationen zu unterdrücken. Sofort tauchten auf der Internet-Plattform Youtube Handy-Videos der Proteste auf, und der Sender al-Jazira verbreitete die Aufnahmen in der arabischen Welt. Blogger kommentierten die Ereignisse, und die sozialen Netzwerke sorgten für die Weiterverbreitung. Mobiltelefone und Internet sind ein mächtiges Instrument, um die Zensur in Diktaturen zu umgehen. Ihre subversive Kraft bewiesen zwar schon der sowjetische Samisdat und die nach Iran geschmuggelten Audiokassetten, mit denen Ayatollah Khomeiny den Sturz des Schahs vorbereitete. Internet und Handys potenzieren diesen Effekt jedoch um das Tausendfache. Sie machen die Kommunikation nicht nur grenzenlos und schwer kontrollierbar, sondern auch billig, einfach und schnell. Auf diese Weise schaffte es ein kolumbianischer Ingenieur, Menschen in 190 Städten weltweit zu Demonstrationen gegen die Terrororganisation Farc zu mobilisieren.

Autoritäre Regime müssen das Internet fürchten, und sie haben sich auf ihre Weise darauf eingestellt. Sie gehen wie die tunesischen Behörden gegen Blogger und andere kritische Geister vor, und sie nutzen die sozialen Netzwerke, um die Öffentlichkeit mit Propaganda und Falschmeldungen zu manipulieren. Ohnehin sind viele der im Internet zirkulierenden Botschaften Wiederholungen bereits bekannter Fakten oder in anderer Form «weisses Rauschen», also nutzloses Geschwätz. Trotz seiner Aura der Unmittelbarkeit liefert das Internet wie die klassischen Medien nicht ein Abbild der ganzen Welt, sondern nur einen kleinen – mehr oder minder richtigen – Ausschnitt davon.

Die Migration und ihre Folgen – ein Blick zurück ins Mittelalter

Immer wieder gab es in der Weltgeschichte Epochen, in denen die Tektonik der Völker ins Rutschen geriet. Am bekanntesten ist die Völkerwanderung, die dem Weströmischen Reich vor 1500 Jahren schrittweise ein Ende setzte. Auch wir leben in einer Zeit der Migration – was wäre im Blick auf damals für heute zu lernen? Von Walter Pohl

Leben wir in der Zeit einer «neuen Völkerwanderung», wie man gelegentlich liest? In der Völkerwanderungszeit, vor etwa 1500 Jahren, übernahmen Heere bewaffneter «Barbaren» schrittweise die Macht im Westen des Römischen Reiches. Die neuen Königreiche waren nach Völkern benannt: Goten, Vandalen, Franken oder Langobarden. «Rom schaffte sich ab», könnte man zugespitzt sagen. Völkerwanderung ist ein Begriff, der Ängste weckt: freilich auch deswegen, weil er mit vielerlei falschen Vorstellungen aufgeladen ist. Immer wieder im Lauf der Geschichte half eine verzerrte Erinnerung an die Züge der Hunnen, Vandalen oder Goten dabei, Feindbilder zuzuspitzen und Bedrohungen auszumalen. Doch das Bild der Völkerwanderung stimmt auf beiden Seiten nicht: Weder damals noch heute wanderten ganze Völker.

Uralte Feindbilder

Dennoch kann der Blick in die Tiefe der Zeit uns vieles lehren. Dabei mutet manches in der entfernten Vergangenheit erstaunlich vertraut an. Damals wie heute blickte eine Zivilisation in selbstgewisser Überlegenheit auf «Barbaren», die von jenseits der Grenzen kamen. Barbaren zeichneten sich durch ihre unverständliche Sprache aus – das lautmalersche altgriechische Wort *barbaros* ahmt ja das «Gebabbel» der Barbaren nach. Barbaren sind, nach den in der Antike geprägten Vorurteilen, schmutzig, unberechenbar, gewalttätig, betrügerisch und unzivilisiert. Als sich seit dem 4. Jahrhundert nach

Christus das Christentum im Römischen Reich durchsetzte, kam dazu die religiöse Distanz: Barbaren waren Heiden, und wenn sie Christen wurden, waren sie nicht rechtgläubig genug. Doch bald übernahmen die neuen Herren Europas, die ehemaligen «Barbaren», selbst die bekannten Vorurteile gegenüber ihren heidnischen Nachbarn. Als sich im 7. Jahrhundert der Islam ausbreitete, erhielt das alte Feindbild eine neue Note. Gerade dass der Islam den Überlegenheitsanspruch der christlichen Welt herausforderte, gab den Vorurteilen zeitweise besondere Schärfe. Seither wurden diese Feindbilder von Generation zu Generation weitergegeben und angepasst.

Bereits in der Antike und im Mittelalter gab es daneben auch positive Verklärungen der «edlen Wilden». Immer wieder wurde das «einfache» und «naturgemässe» Leben der Barbaren der Dekadenz und Verkommenheit der Zivilisierten gegenübergestellt. Verachtung wie Bewunderung der Fremden schafft jedoch Zerrbilder. In beiden Fällen werden die Zuwanderer als geschlossene Gruppen betrachtet, nicht als Einzelmenschen; Individualisten sind nur wir selbst. Im Blick des Abendlandes sind die Fremden von ihrer Natur getrieben. Nur die Erklärungen dafür wechseln: Für die Antike war es das Klima, das letztlich die Menschen prägte; in der Zeit bis 1945 die Rasse; heute sind es die Gene. Mit welcher Selbstverständlichkeit zuletzt in der Öffentlichkeit von jüdischen und anderen Genen geredet wurde, ist bestürzend. Genforschung wie Geschichte erweisen vor allem die innere Vielfalt der Völker. Gerade die Erfor-

schung der Völkerwanderungszeit zeigt fast wie in einem Laboratorium, wie die Bildung von Völkern verläuft: Über Jahrhunderte hinweg wanderten Gruppen ganz unterschiedlicher Grösse und Herkunft, die erst in der neuen Heimat allmählich mit den Einheimischen zu neuen Völkern zusammenwuchsen. Ebenso sind die islamischen Völker des Nahen Ostens die Erben einer Vielzahl von Völkern und Kulturen, die sich im Laufe von Jahrtausenden in diesem Raum entfaltet haben.

Vom Nutzen der Fremden

Noch eine Parallele zwischen der Zuwanderung ins Römische Reich und ins Europa von heute fällt auf: Viele Migranten wurden und werden geholt, weil ein prosperierender Wirtschaftsraum Arbeitskräfte braucht. Damals jagten die alten Römer jenseits ihrer Grenzen nach Sklaven.

Das ist zum Glück vorbei. Immer noch brauchen wir aber Zuwanderer vor allem für die unangenehmen Arbeiten. Ihre niedrige soziale Stellung – und die damit verbundene Lebensweise – bestätigt wiederum scheinbar alle Vorurteile. Zunehmend holten die Römer allerdings auch barbarische Soldaten ins Land. Die waren viel billiger und kampffreudiger als die gut ausgebildeten römischen Rekruten. Bald wurden ganze Armeen jenseits der Grenzen angeworben, um in den endlosen Bürgerkriegen um den Kaiserthron die Entscheidung zu bringen. Im Rückblick überrascht es nicht, dass letztlich die barbarischen Heerführer die

Macht übernahmen; eher, dass es bis dahin so lange gedauert hat. Zumindest diese Lektion sollte Europa lernen, bevor es das Kriegshandwerk durch «Outsourcing» an wohlfeile «soldiers of fortune» überträgt.

Welche Rolle spielten die Migrationen letztlich beim Zerfall des Römischen Reiches? Manches an diesem komplexen Prozess muss noch erforscht werden, die Gesamtbewertung wird heftig diskutiert. Doch bereits jetzt können wir sozusagen im Zeitraffer zusehen, wie Migrationen und Integration ablaufen, welche Konflikte dabei entstehen und was das Ergebnis ist. Deutlich wird dabei eines: Migrationen waren nur ein Element des gesellschaftlichen Wandels, der aus der römischen Antike ins europäische Mittelalter führte. Rom kämpfte mit wirtschaftlicher Stagnation, sozialer Ungleichheit, Steuerdruck, politischer Instabilität und religiöser Unduldsamkeit. «Die Fremden» dienten zunehmend als Blitzableiter. Das mag geholfen haben, im Inneren Spannungen abzubauen. Gelöst hat es nichts. Gerade die Feindseligkeit gegenüber den Zuwanderern erschwerte ihre Integration, die lange Zeit im Römischen Reich sehr gut funktioniert hatte. Vielleicht hätte man besser anderswo nach Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme der Zeit gesucht. Der Blick in den «fernen Spiegel» des frühen Mittelalters sollte uns daher nachdenklich machen.

Walter Pohl ist Professor für Geschichte des Mittelalters an der Universität Wien. Im Kohlhammer-Verlag erschien im Jahr 2002 der Band «Die Völkerwanderung».